

# Keine Sicherheit für Nazis – Rechte Strukturen in den Behörden bekämpfen

In den letzten Monaten wurden die Probleme, die bayerische und deutsche Sicherheitsbehörden seit Jahrzehnten mit extrem rechten Netzwerken und Tendenzen haben, nochmals besonders deutlich. Das „Hannibal“-Netzwerk, eine Gruppe von sogenannten „Preppern“ und anderen Nazis innerhalb von Bundeswehr, Verfassungsschutz und Polizei in ganz Deutschland, wurde enttarnt. In Hessen verschickten Polizist\*innen als „NSU 2.0“ Morddrohungen an die NSU-Opferanwältin Seda Basay-Yildiz. In Bayern äußerten sich Mitglieder der Polizei-Spezialeinheit USK (Unterstützungskommando) in Chats antisemitisch und menschenverachtend. Und diese Beispiele sind nur die Spitze des Eisbergs. Diese enorm großen und strukturellen Verstrickungen der Sicherheitsbehörden sind eine Gefahr für die Demokratie. Leider werden weder extrem rechte Personen und Strukturen innerhalb der Sicherheitsbehörden von Bundes- und Staatsregierung effizient bekämpft, noch werden die strukturellen Gegebenheiten in den Behörden derart geändert, dass es für die extreme Rechte schwieriger wird, sich dort zu etablieren. Es braucht nun ein konsequentes Durchgreifen gegen das extrem rechte Sicherheitspersonal und darüber hinaus müssen strukturelle Veränderungen erreicht werden!

## [Das Hannibal-Netzwerk auch in Bayern zerschlagen!](#)

Im Oktober 2019 wurde bekannt, dass auch ein bayerischer Polizist Mitglied des Vereins "Uniter e.V." ist, der vom ehemaligen KSK-Soldaten Andre S. betrieben wird. Andre S. wiederum ist laut Medienberichten Kopf des "Hannibal"-Netzwerks – eines Zusammenschlusses von Neonazis, sogenannten "Preppern" und AfD-Politiker\*innen –, in das auch der Verein Uniter eingebunden sein soll. Die Mitglieder des Hannibal-Netzwerkes sollen Waffen und Munition gehortet und damit den Plan gehabt haben, an einem "Tag X" politische Gegner\*innen zu töten. Für die Staatsregierung ist der Fall jedoch offenbar kein Problem; gegen den involvierten Polizisten soll nicht vorgegangen werden. Dieser Fall zeigt erneut auf, dass die bayerische Landesregierung kein wirkliches Interesse an der Aufklärung der Aktivitäten von extrem rechten Netzwerken hat. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen, den Verein "Uniter e.V." als Teil des extrem rechten Hannibal-Netzwerkes zu verbieten und sämtliche Beamt\*innen, denen eine Beteiligung am Hannibal-Netzwerk nachgewiesen werden kann, sofort aus dem Dienst zu entfernen.

## [Rechten Corps-Geist in der Polizei bekämpfen!](#)

Das Unterstützungskommando der bayerischen Bereitschaftspolizei, kurz USK, besitzt schon länger den Ruf, für extrem rechte Ideologie anfällig zu sein. 2014 wurden Nazi-Aufkleber in einem Fahrzeug des USK gefunden und der Antisemitismus-Fall 2018 beim Münchner USK zeigt diese Problematik erneut auf. Dort waren in einen Chat von knapp 50 USK-Beamt\*innen antisemitische Videos gepostet worden, ohne dass jemand in diesem Chat aktiv widersprochen hätte. Bekannt wurde dies nur durch Ermittlungen wegen eines anderen Falls und journalistischer Recherche.

Gut erkennbar sind die Gruppendynamik und der Corps-Geist, der in dieser sogenannten "stehenden Einheit" herrscht und rechte Tendenzen und die Radikalisierung von Beamt\*innen fördert. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen die Auflösung des USK. Auch in anderen stehenden Einheiten muss durch regelmäßige Rotation der Beamt\*innen verhindert werden, dass eingeschworene Zirkel entstehen, in denen sich rechte

Einstellungen entwickeln und potenzieren können. Eine besondere Rolle spielen dabei auch die Polizeigewerkschaften. Während die DPolG mit ihrem Vorsitzenden Rainer Wendt regelmäßig offen rassistische Positionen vertritt, hat die GdP den Ruf, etwas gemäßiger zu sein. Aber auch hier sind Fälle von Rassismus bekannt, wie zum Beispiel rassistische Lehrbücher für die Polizeiausbildung, die vom Verlag der GdP vertrieben wurden.

Genauso problematisch wie Grüppchenbildung innerhalb der Polizeieinheiten ist es, dass die Polizei oftmals besonders anziehend auf Menschen mit autoritärem Charakter wirkt. Diese Menschen sind wiederum ziemlich anfällig für extrem rechte Positionen. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher, schon in der Ausbildung von Polizist\*innen autoritäres Gehabe nicht zu tolerieren oder gar zu fördern, entsprechend kritische Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen anzuwenden und den Führungsstil innerhalb der Polizei soweit wie möglich von Autoritarismus zu befreien.

#### Für mehr Demokratiebildung bei der Polizei und eine unabhängige Ermittlungsstelle!

Ebenfalls müssen alle Polizist\*innen in Bayern in ihrer Ausbildung und darüber hinaus deutlich mehr Demokratiebildung erhalten und darin geschult werden, menschenfeindliche Positionen und Symbolik zu erkennen. Ein besonderes Augenmerk soll dabei auf neonazistischen, extrem rechten, antisemitischen und islamistischen Codes liegen. Dabei soll ihnen auch nachdrücklich vermittelt werden, dass menschenfeindliche Ideologie im Polizeidienst nichts verloren hat.

Wer dennoch klar solche Positionen vertritt, muss konsequent aus dem Polizeidienst entfernt und nicht sogar noch befördert werden, wie es ein Polizist im Juni 2019 wurde, der Muslime pauschal als "Räuber, Vergewaltiger und Mörder" bezeichnete. Der Beamt\*innen-Status soll entzogen werden und es muss sichergestellt werden, dass diese Personen nicht länger im öffentlichen Dienst tätig sind. Damit Ermittlungen gegen Polizist\*innen bei solchen Fällen nicht durch die eigenen Kolleg\*innen geführt werden, fordert die GRÜNE JUGEND Bayern die Einrichtung einer unabhängigen, von der Polizei und dem Innenministerium komplett abgetrennten Ermittlungsstelle mit umfassenden Ermittlungskompetenzen und Kontrolle durch das parlamentarische Kontrollgremium, sowohl auf Landes- wie auch auf Bundesebene. Diese Stelle soll sich nicht nur, aber in einem ihrer Schwerpunkte mit extrem rechten Personen und Netzwerken in der Polizei und anderen staatlichen Behörden befassen. Polizist\*innen und Bürger\*innen sollen sich bei Verdachtsfällen vertraulich an die Ermittlungsstelle wenden können. Für die Hinweisgeber\*innen muss außerdem ein umfassender Schutz gelten. Es darf nicht mehr vorkommen, dass Personen, die extrem rechte Vorkommnisse melden, aus dem Dienst geworfen werden, so wie das beim Bundeswehrsoldaten Patrick T. der Fall war. Darüber hinaus fordert die GRÜNE JUGEND Bayern, die Hürden zur Entfernung von rechtsgerichteten Beamt\*innen aus dem Dienst zu senken.

Die jüngsten Vorfälle sind oftmals nur dank kritischen Journalist\*innen öffentlich geworden. Die GRÜNE JUGEND Bayern bekennt sich klar zur Rolle der Medien als "vierte Gewalt" in einer Demokratie und unterstützt solche Recherchen.

#### Das Problem heißt auch Verfassungsschutz - Schluss mit dem geheimen Dienst!

Der Verfassungsschutz ist als Behörde in besonderem Maße von extrem rechten Strukturen durchsetzt. Der Verfassungsschutz bewertet politische Gruppierungen und Positionen anhand der völlig unhaltbaren Extremismus-Theorie, die links und rechts gleichsetzt. In der Realität werden rechte Gruppierungen mit Samthandschuhen angefasst oder sogar über das

VS-eigene V-Leute-System mitfinanziert. Dass jemand wie Hans-Georg Maaßen, der heute mit rechten Verschwörungstheorien öffentlich auffällt, jahrelang Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz sein konnte, ist nur eins von vielen Problemen. Denn das aktuelle Personal des Verfassungsschutzes ist in dieser rechten Tradition, die in der Personalie Maaßen ihren Höhepunkt fand, tief verhaftet. Der Verfassungsschutz ist als Behörde nicht reformierbar und gescheitert. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen die sofortige Abschaffung des V-Leute-Systems und die anschließende Abwicklung des Verfassungsschutzes in Bayern wie im Bund. Zur Aufklärung rassistischer, antisemitischer, extrem rechter, islamistischer oder anderweitig menschenverachtender Gruppen und Strömungen muss eine unabhängige, wissenschaftlich arbeitende Institution geschaffen werden. Die Finanzierung dieser Institution muss gesetzlich geregelt werden und personelle Kontinuitäten zum alten Verfassungsschutz müssen ausgeschlossen werden.

Wenn wir einen noch weitergehenden gesellschaftlichen Rechtsruck verhindern und die Demokratie schützen wollen, müssen die Sicherheitsbehörden frei von Nazis sein. Den deutlichen Hinweisen auf bestehende extrem rechte Strukturen muss konsequent nachgeforscht und Konsequenzen gezogen werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen die schnellstmögliche Umsetzung der genannten Maßnahmen.